

PROTOKOLL ZUR 4. SITZUNG DES MEDIATIONSFORUMS „ZUKUNFT LANDWEHRKANAL“

Datum: 18.02.2008
Beginn: 16.35 Uhr
Ende: 22.30 Uhr
Ort: Raum 1024 des Wasser- und Schifffahrtsamts Berlin (WSA),
Mehringdamm 129, 10 965 Berlin

Mediatoren: Beate Voskamp & Stefan Kessen
Protokoll: Stefan Görlitz & Matthias Goetz
Teilnehmer/innen: siehe Anhang zum Protokoll

Eingehaltene Tagesordnung (vgl. Vorschlag einer Tagesordnung):

1. Eröffnung, Begrüßung
2. Beschluss über die Tagesordnung
3. Beschluss über das Protokoll der 3. Sitzung des Mediationsforums vom 21.01.2008
4. Informationen: Was gibt es Neues/Berichtenswertes?
5. Umgang mit / Durchführung von kurzfristigen Maßnahmen durch die Bezirksämter anhand aktueller Beispiel von Baumfällmaßnahmen der Bezirksämter Neukölln und Friedrichshain-Kreuzberg
6. Berichte aus den Arbeitskreisen und ggf. Beschlussfassung
 - 6.1 AK „Aufwandsentschädigung für Bürger“
 - 6.2 AK „Nachhaltige Schifffahrt und Wirtschaft“
 - 6.3 AK „Naturhaushalt und Landschaftsbild“
 - 6.4 AK „Umgang mit kurzfristigen Maßnahmen“
7. Beitrag WSA Berlin / Herr Scholz:
Kompetenzen und Zuständigkeiten am Landwehrkanal
8. Verschiedenes
9. Verabschiedung

1. Eröffnung, Begrüßung

Frau Voskamp und Herr Kessen begrüßten die Forumsteilnehmer/innen.

Frau Voskamp erteilte das Wort Herrn Scholz, der als neuer Leiter des WSA Berlin die Forumsteilnehmer/innen begrüßte. Er betonte die Besonderheit der Durchführung eines Mediationsverfahrens im Zusammenhang mit dem Vorhaben am Landwehrkanal und stellte insbesondere seine Zuversicht auf eine positive Entwicklung dieses Mediationsverfahrens heraus. Herr Scholz bekräftigte seinen Wunsch, sich dazu aktiv einzubringen und sehe sich in der Kontinuität zur Arbeit von Frau Kalytta, seiner Amtsvorgängerin.

Frau Voskamp bedankte sich bei Herrn Scholz und wünschte dem Forum eine Fortsetzung der guten Zusammenarbeit in der Mediation.

2. Beschluss über die Tagesordnung

Alle Teilnehmer/innen haben die Tagesordnung zur 4. Sitzung erhalten.

Herr Hildebrandt schlug vor, den geplanten Vortrag von Herrn Scholz an das Ende der

Tagesordnung zu setzen, damit die Vertreter/innen der Arbeitskreise (AK) genügend Gelegenheit bekämen ihre Arbeitsergebnisse vorzustellen - insbesondere da nicht alle Arbeitskreise in der letzten Forumssitzung dazu gekommen seien.

Frau Guttzeit erläuterte kurz den von ihr eingebrachten Tagesordnungspunkt 5 „Umgang mit / Durchführung von kurzfristigen Maßnahmen durch Bezirksamter ...“ und ihren in diesem Zusammenhang gestellten Antrag, dass die „Gefahr in Verzug“-Regelung, die bisher nur für Maßnahmen des WSA gelte, auf die Bezirksamter erweitert werden solle.

Die Tagesordnung wurde mit der geschilderten Änderung vom Forum so beschlossen.

3. Beschluss über das Protokoll der 3. Forumssitzung am 21.01.2008

Die Mediatoren gingen das Protokoll seitenweise durch und überprüften mit den Teilnehmern/innen die Einwände.

Mit den im Forum vereinbarten Veränderungen wurde das Protokoll der 3. Sitzung des Mediationsforums vom 21.01.2008 beschlossen und kann in Kürze auf der Internetseite des Mediationsverfahrens eingesehen und herunter geladen werden.

4. Informationen: Was gibt es Neues/Berichtenswertes

Herr Scholz wies darauf hin, dass in diesem Jahr aufgrund des Richtungsverkehrs auf die Vorschleusen verzichtet werden müsse. Er gehe davon aus, dass ein entsprechendes Schreiben bereits den Vertreter/innen der Fahrgastschifferei zugegangen und eine Abstimmung erfolgt sei. Die Schiffe würden nach Reihenfolge der Ankunft geschleust werden. Eine Sonderschleusenregelung gelte für bestimmte Morgen- und Abendzeiten.

Herr Paulus forderte dazu auf, die Spree für motorisierte Schiffe mit weniger als 5 KW Motorleistung freizugeben. Im Landwehrkanal würde es sonst möglicherweise gefährlich eng werden, alle kleinen Boote müssten durch diesen Kanal. Eine Freigabe der Spree würde den Kanal entlasten.

Herr Scholz wies darauf hin, dass die Spree im Stadtbereich mit einer sehr hohen Zahl an Schiffsbewegungen pro Jahr belastet sei, nicht zuletzt aufgrund der zahlreichen touristischen Anziehungspunkte. Daher müsse Herr Scholz diesem Vorschlag von Herrn Paulus widersprechen und bat dafür um Verständnis.

Herr Hildebrandt warf das Thema der Pressearbeit auf. Er erläuterte, dass nach seiner Wahrnehmung sich der Grundtenor der Berichterstattung durch die BI (Bürgerinitiative) verändert bzw. verschärft habe. Bis zur 2. Forumssitzung habe er die Pressearbeit der BI als ausgewogen und fair erlebt und er habe ein gutes Gefühl gehabt. Jetzt habe er dagegen das Gefühl, dass nicht mehr alle im gleichen Boot säßen. Er wies auf die entsprechende Passage zur „Öffentlichkeitsarbeit“ im vereinbarten Arbeitsbündnis hin. Die Arbeit der Arbeitskreise würde beispielsweise sehr kritisch bewertet und er fragte nach, woran diese Veränderung im Tonfall liegen würde.

Unabhängig vom Inhalt begrüßten alle Forumsteilnehmer, dass Herr Hildebrandt seine Wahrnehmung so offen ausgesprochen hätte.

Einige Vertreter/innen der Bürgerinitiative erläuterten ihre Motivation für die Art der Berichterstattung wie sie in ihrem Blog zu finden sei. Die Diskussionen in einzelnen Arbeitskreisen hätten teilweise zu einem Gefühl der Hilflosigkeit geführt, beispielsweise in Bezug auf die wiederholt vorgetragene und als unabänderlich dargestellte Vergabepaxis

der Behörden. Frau Kleimeier machte dies am Arbeitskreis „Umgang mit kurzfristigen Maßnahmen“ deutlich, der am 14. Februar 2008 getagt habe; die Stimmung sei dort frostig geworden, Vertreter des WSA hätten arrogant gewirkt und in absolutistisch anmutender Manier gehandelt. Wiederholt vorgetragene Äußerungen seitens des WSA wie „Wir haben kein Geld“ und „die Methoden seien nicht anerkannt“ wurden von Herrn Paulus als Worthülsen kritisiert.

Frau Voskamp fragte nach, ob dies mit dem Gefühl der Hilflosigkeit gegenüber der Vergabep Praxis zusammenhänge. Herr Paulus bekräftigte dies und verwies darauf, dass es sich um eine Überforderung handle. Darüber hinaus erklärte er, dass die BI die Ergebnisse des Verfahrens gegenüber der Öffentlichkeit vertreten müsse.

Herr Appel verwies darauf, dass man sich allerdings auch um eine gewisse Ausgewogenheit bemühe und z.B. Pflegemaßnahmen gelobt worden seien. Zudem stünden die von Herrn Hildebrandt beispielhaft genannten Passagen in einem interaktiv angelegten Webblog. Ein Webblog sei keine Pressemitteilung und jeder habe die Möglichkeit, dort zu den Inhalten Stellung zu beziehen.

Herr Scharz verwies nochmals darauf, dass die Vertreter/innen der Bürger/innen im Forum, das Besprochene und die Arbeitsergebnisse in die Öffentlichkeit tragen und auch erklären und darstellen müssen.

Frau Voskamp fasste zusammen, dass eine Veränderung der Berichterstattung teilweise darin begründet liege, dass Bürger/innen sich bei um den Umgang mit Transparenz seitens des WSA nicht ernst genommen fühlen und sie sich dieser Haltung gegenüber hilflos und überfordert fühlen.

Herr Scholz ging auf die Vorwürfe der Bürger/innen ein und bat um Berücksichtigung, dass Menschen unterschiedlich seien: Die Mitarbeiter des WSA seien nicht arrogant oder hochnäsiger, sondern daran gebunden, das Vergaberecht einzuhalten. Es gebe Informationen, die nicht öffentlich bekannt gegeben werden dürften. Das Thema der Zertifizierung von Gutachtern und / oder Verfahren sei zugegebenermaßen schwierig. Herr Hildebrandt entschuldigte sich für den Eindruck der möglicherweise vermittelt worden sei: Das vorgegebene rechtliche Korsett innerhalb der Behörde sei einzuhalten, wenngleich es mitunter auch einen gewissen Ermessensspielraum gebe. Herr Hildebrandt bat zum Abschluss des Themas um eine etwas „leichtere“ Berichterstattung. Insgesamt sei das dem Umgang im Forum dienlich.

Die Forumsmitglieder kommen darin überein, künftig noch aufmerksamer ihre jeweilige Berichterstattung auf die vereinbarte Fairness und Ausgewogenheit hin zu überprüfen.

Die Mediatoren nahmen den gelegentlich geäußerten Wunsch nach Vorstellung der vorliegenden Sanierungsvarianten zum Anlass, das Vorgehen im Mediationsverfahren, die Rolle des Forums und der Arbeitskreise zu erläutern:

Die Chance der Mediation bestehe u.a. darin, zunächst die jeweiligen Interessen und Bedürfnisse der Beteiligten herauszuarbeiten um damit Kriterien zu entwickeln, um vorhandene und noch zu findende Lösungsvarianten gut bewerten zu können. Damit sei das Forum in der Lage, Planungsanforderungen an eine künftige Sanierung des Landwehrkanals zu formulieren. Diese Planungsanforderungen stellen dann eine Art Kriterienkatalog für die Planung dar, auf deren Grundlage Sanierungsvarianten erarbeitet und / oder geprüft werden könnten.

Die Arbeitskreise leisten einen Großteil der Arbeit, indem sie themenbezogen Planungskriterien erarbeiten. Dem Forum würden die Ergebnisse vorgestellt und ggf. Beschlussvorschläge unterbreitet.

In den Arbeitskreisen würden derzeit fachliche Inputs vorbereitet und vorgestellt.

Für das Forum sei der in der Tagesordnung aufgeführte Vortrag von Herrn Scholz zu Kompetenzen und Zuständigkeiten am Landwehrkanal ein solcher fachlicher Input.

Für den Denkmalschutz seien Herr Lingenauber und Frau Kayser von den Mediatoren gebeten worden, in einer späteren Forumssitzung aus ihrer fachlichen Sicht Rahmenbedingungen für eine Sanierung im Forum vorzutragen. Herr Dohna äußerte sein Unverständnis, dass die Vertreter/innen des Denkmalschutzes so lange Vorbereitungszeit bräuchten, um einen kurzen Input-Vortrag zu halten. Außerdem kritisierte er das Denkmalamt als eine Behörde, die bisher nichts geliefert habe und sich gleichzeitig darstelle, als würde sie sich in besonderem Maße einsetzen.

Herr Lingenauber erklärte seine grundsätzliche Bereitschaft für einen solchen Input und betonte gleichzeitig, dass aus seiner Sicht sinnvoll sei, wenn der Arbeitskreis Sanierung sich zunächst mit den Sanierungsvarianten beschäftigen würde. Außerdem forderte er Herrn Scholz dazu auf, an der Sitzung des AK Sanierung teilzunehmen.

Frau Voskamp betonte nochmals, dass die Arbeitskreise inhaltlich arbeiten und ggf. Beschlussvorlagen ins Forum tragen, jedoch nicht beschließen würden. Beschlussfähig sei allein das Mediationsforum als zentrales Gremium.

Frau Fortwengel forderte dazu auf, die Betrachtung der bereits vorliegenden Sanierungsvariantenansätze nicht kategorisch abzulehnen.

Auch auf Nachfrage nannte Herr Lingenauber noch keinen konkreten Termin für seinen erbetenen fachlichen Input.

Er merkte lediglich an, er werde sich im AK Sanierung einbringen, da man dort konkreter und fachlicher diskutieren könne. Außerdem forderte er eine frühzeitige Terminabstimmung mit ihm.

Frau Voskamp stellte klar, dass die Mediatoren, die das Verfahren leiten, Termine vorschlagen würden und dass aufgrund der Vielzahl der Teilnehmer/innen in der Mediation eine individuelle Termin-Abstimmung mit einzelnen Forumsteilnehmer/innen kaum möglich sei, da ansonsten allen das gleiche Recht eingeräumt werden müsste. Auch das WSA als Auftraggeber könne im Vorfeld keinen Termin abstimmen.

Herr Kessen betonte in diesem Zusammenhang, dass die erfolgte Verlegung des zunächst anberaumten Termins für die erste Sitzung des AK Sanierung durch das Mediationsteam eine absolute Ausnahme bleiben sollte.

Herr Kessen trägt die organisatorisch wichtige Bitte vor, dass es hilfreich sei, wenn die Forumsteilnehmer ihre E-Mails jeweils an beide Mediatoren Beate Voskamp und Stefan Kessen zugleich adressierten. Dies ergebe eine größere Chance auf eine schnelle Beantwortung.

5. Umgang mit / Durchführung von kurzfristigen Maßnahmen durch Bezirksämter anhand aktueller Beispiel von Baumfällmaßnahmen der Bezirksämter Neukölln und Friedrichshain-Kreuzberg

Frau Guttzeit stellte bezüglich der im AK „Umgang mit kurzfristigen Maßnahmen“ erarbeiteten Lösung im Falle von anstehenden Baumfällmaßnahmen den Antrag, dass die „Gefahr in Verzug“ - Regelung, die bereits für das WSA gelte, auch auf die Bezirksämter übertragen werde.

Frau Voskamp erläuterte, dass diese Fragestellung bereits in der AK-Sitzung „Umgang mit kurzfristigen Maßnahmen“ am 14. Februar 2008 aufkam, jedoch nicht behandelt werden konnte. Dort sei vereinbart worden, dass eine Abstimmung zwischen der BI und den Bezirksämtern im Vorfeld dieser Mediationsforumssitzung erfolgen solle. Herr Scharz hatte

sich als Ansprechpartner hierfür angeboten. Frau Voskamp fragte ihn nach dem Stand der Dinge.

Herr Scharz erklärte, die Abstimmung gestalte sich schwierig, die entsprechenden Vertreter/innen müssten sich zuerst untereinander beraten. Er machte den Vorschlag den unter den Ämtern und der BI zu findenden abgestimmten Entwurf zum gegebenen Zeitpunkt ins Forum zu tragen.

Herr Kittelmann erläuterte, dass zwei Linden am Maybachufer, die u.a. als Begründung dieser Initiative von Frau Guttzeit herangezogen worden sind, als Straßenbäume eine erhebliche Gefährdung durch Starkastabbruch dargestellt hatten. Aus diesem Grund wurde eine Fällung durch die Kollegen der Baumkolonne, die vor Ort waren, durchgeführt. Herr Kittelmann erklärte sich dazu bereit, zukünftig vorab zu informieren, wies aber darauf hin, dass es sich um Straßenbäume gehandelt hätte und nicht um Bäume, die vom Sanierungsprojekt Landwehrkanal betroffen seien. Weiteren Maßnahmen des Bezirksamtes seien derzeit nicht geplant.

Mehrere Forumsteilnehmer/innen wünschten eine Verlagerung der Diskussion in die vorgeschlagene Abstimmungsrunde um Herrn Scharz, während Frau Guttzeit eine Klärung im Forum anstrebte.

Daraufhin bat Frau Voskamp die anwesenden Vertreter/innen der Bezirksämter um ein Stimmungsbild, ob die Ausweitung der „Gefahr in Verzug“-Regelung möglich wäre.

Herr Kittelmann (für Neukölln) wie auch Frau Kalepky (für Friedrichshain-Kreuzberg) merkten an, dass,

ihnen der Text nicht vorliege, sie sich jedoch eine Zustimmung vorstellen könnten. Eine Definition der Formulierung „am Landwehrkanal“ sei jedoch vonnöten.

Die Zusammenfassung von Herrn Kessen, dass diese Äußerungen der anwesenden Vertreter/innen der Bezirksämter als positive Grundtendenz zu verstehen und weitere Details in der von Herr Scharz initiierten Abstimmungsrunde zu klären seien, fand allgemeine Zustimmung.

6. Berichte aus den Arbeitskreisen und ggf. Beschlussfassung

Herr Kessen bat die Vertreter/innen des Forums und der Arbeitskreise um eine kurze Vorstellung der Ergebnisse. Anschließend könnten Verständnisfragen gestellt und beantwortet werden, eine Diskussion würde jedoch erst nach Präsentation aller Arbeitskreisergebnisse stattfinden.

Der Vorschlag von Herr Leder, mit den Arbeitskreisen zu beginnen, die in der letzten Forumssitzung noch nicht zu Wort gekommen sind, wurde vom Forum angenommen.

6.1 AK Aufwandsentschädigung/finanzieller Ausgleich für Bürger

Herr Ginsberg präsentierte das Ergebnis: Der AK habe zunächst mit Herrn E.O. Müller vom Forum Bürgerbeteiligung, einem Netzwerk von Büros, die im Bereich Bürgerbeteiligung tätig sind, Rücksprache gehalten, um die Rechtfertigung von Aufwandsentschädigungen dem Grundsatz nach zu klären. Es sei dort bestätigt worden, dass diese durchaus möglich seien und deren Kenntnis nach keine haushaltsrechtlichen Bedenken entgegen stünden. Der AK habe zu dieser Fragestellung daher einen Brief im Namen des „Aktionsbündnis Bäume am Landwehrkanal“ ans Bundesverkehrsministerium verfasst, der den Forumsmitgliedern vor Versand zur Kenntnis vorgelegt wurde. Herr Hildebrandt nannte noch die konkreten Ansprechpartner.

6.2 AK Naturhaushalt und Landschaftsbild

Herr Kessen trug auf Wunsch des AK die Ergebnisse vor. Er verwies zugleich auf das Protokoll, das per Email verschickt wurde und zusätzlich auf der Homepage des Mediationsverfahrens zum Download bereit stünde. Dem Protokoll sei die im AK erarbeitete Themenliste zu entnehmen.

Zusätzlich zur Bearbeitung inhaltlicher Themen habe der AK Rahmenbedingungen genannt für seine Arbeit; beispielsweise äußerten die Teilnehmer/innen, dass es nicht zu früh eine Einengung auf bestimmte Themen geben solle und zunächst keine Themen von vorn herein ausgeschlossen werden sollten. Gleichzeitig sollte aber der Blick immer auf das tatsächlich Machbare und Konkrete gerichtet sein.

Weitere wichtige Punkte im AK waren die Sicherstellung des im Verfahren notwendigen Sachverständes und die Beteiligung der relevanten Entscheidungsträger.

Eine große Rolle hat in dieser 1. Sitzung die Verknüpfung mit den Themen des AK's „Umgang mit kurzfristigen Maßnahmen“ gespielt, und dort insbesondere das Thema „Umgang mit Muschelkolonien“ bei einem möglichen Einbau von Spundwänden. Dabei ging es nicht nur um die Muscheln selbst, sondern insbesondere darum, grundsätzlich zu zeigen, wie mit Eingriffen bei der Durchführung von notwendigen Maßnahmen umgegangen würde.

Derzeit würde die nächste Sitzung mit dem Schwerpunktthema „Ufergestaltung“ vorbereitet.

Frau Voskamp wies in diesem Zusammenhang auf das Angebot von Herrn Rehfeld-Klein hin, in der nächsten Sitzung des AK am 06.03.2008 über die Anforderungen an eine Kanalsanierung aus Sicht der Gewässerökologie zu referieren. Dabei würden voraussichtlich auch verschiedene Nutzungsmöglichkeiten gegenübergestellt, z.B. der Einrichtungs- und der Zweirichtungs-Verkehr mit ihren jeweiligen zu erwartenden Auswirkungen.

Weiterhin gebe es das Angebot von Herrn Joswig (Berliner Wasserbetriebe), im AK über den Berliner Wasserhaushalt vor dem thematischen Hintergrund der Berliner Mischwasserkanalisation zu informieren.

Herr Appel ergänzte, dass er Herrn Professor Scherer angefragt habe, über die Entwicklung des Berliner Wasserhaushalts zu referieren. Dazu läge noch kein Ergebnis vor und es bedürfe noch der Klärung, ob ein solcher Vortrag eher im Forum oder im Arbeitskreis zu halten sei. Die Mediatoren plädierten für den Arbeitskreis, um das Forum nicht zu überlasten.

Frau Profé bot an, im Zuge der Themenbearbeitung „Freizeitnutzung“ bzw. (landseitige) „Ufergestaltung“ zum Thema „Fuß- und Radverkehr am Landwehrkanal“ einen Experten aus der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung in den Arbeitskreis zu entsenden. Dieser Vorschlag wurde von den Teilnehmer/innen begrüßt. Der AK werde zum gegebenen Zeitpunkt auf Frau Profé zukommen.

Frau Voskamp ergänzte, dass der AK sich geeinigt habe, im Rahmen der Themenbearbeitung „Ufergestaltung“ zunächst die Uferwandsanierung zu behandeln und zu einem späteren Zeitpunkt Aspekte der landseitigen Ufergestaltung. Herr Kessen verwies darauf, dass es bei allen Themen auch immer darum gehen soll, welche Auswirkungen bestimmte Vorhaben und Überlegungen auf die einzelnen noch zu bestimmenden Sanierungsvarianten haben und umgekehrt.

Frau Enwaldt wiederholte ihre Forderung nach einer Beteiligung des Denkmalschutzes im Arbeitskreis. Herr Lingenauber entgegnete, dass er die Erörterung dieses Themas eher im AK Sanierung sehe und man auf die Abgrenzung der Themen in den verschiedenen Arbeitskreisen besonders achten müsse. Aus seinen Ausführungen wurde sichtbar, wie

wichtig eine gute Vernetzung und Abstimmung zwischen den einzelnen AK sein wird. Er sehe sich inhaltlich in den Arbeitskreisen „Naturhaushalt und Landschaftsbild“ sowie „Sanierung“ angesprochen.

Frau Kleimeier schlug vor, geplante Vorträge in den Arbeitskreisen breiter anzukündigen, um auch Beteiligten, die nicht in dem jeweiligen AK vertreten seien, die Möglichkeit zu geben, diese zu hören.

Herr Kessen forderte dazu auf, Termine bei Bedarf auch informell untereinander zu vermitteln.

Frau Voskamp erläuterte, dass geplante Vorträge den Arbeitskreismitgliedern und - bei entsprechendem zeitlichen Vorlauf - den Forumsteilnehmern/innen bekannt gemacht würden, bat jedoch gleichzeitig, die vorgesehene Organisationsstruktur des Verfahrens beizubehalten: In den Arbeitskreisen würden nicht nur Vorträge gehört, sondern auch diskutiert und gearbeitet; dies sei mit großen Gruppen aufwändiger. Bei einer größeren Teilnehmerzahl müssten zudem die Räumlichkeiten darauf abgestimmt werden. Bei Interesse bitten die Mediatoren um entsprechende Rückmeldung, damit die nötigen organisatorischen Rahmenbedingungen geschaffen werden könnten.

Herr Appel informierte über einen Vorschlag von Frau Mangold im AK, Kartierungen betreffs Grünkorridoren/Natura2000 bereit zu stellen, und über die Bedeutung des Landwehrkanals für den Naturschutz zu referieren. Die Funktion des Landwehrkanals aus Sicht des Naturschutzes sei für die BI ein wichtiges Thema. Der Kanal diene nicht nur der Erholung und der Schifffahrt, sondern erfülle auch wichtige Funktionen als Grünkorridor für Flora und Fauna. Es befänden sich Rote-Liste-Arten in den Grünflächen und das Begleitgrün des Landwehrkanals sei nicht nur unter dem Aspekt des Landschaftsbildes zu betrachten.

Frau Mangold berichtete, dass die genannten Kartierungen noch nicht durchgeführt worden seien, eine Untersuchung zu den Zielarten aber begonnen sei, und dass sie im AK gerne über Rahmenbedingungen und Zielarten informieren würde. Sie gehe davon aus, dass ein landschaftspflegerischer Begleitplan zur Planfeststellung der Sanierungsmaßnahmen des Landwehrkanals erstellt werden würde, und fügte an, dass Bestandsaufnahmen immer Teil eines solchen wären.

Es wurden keine weiteren Verständnisfragen gestellt.

6.3 AK Nachhaltige Schifffahrt und Wirtschaft

Herr Paulus berichtete darüber, dass im AK u.a. über alternative Schiffsantriebsarten diskutiert wurde. In diesem Zusammenhang verwies er auf eine tagesaktuelle Erklärung auf der Homepage des Bundesverkehrsministeriums, in der für Investitionen in nachhaltige Verkehrsoptionen geworben würde (abrufbar auf der Homepage des Ministeriums unter dem Stichwort „Verkehrspolitik“). Einige Kopien dieser Erklärung wurden von ihm im Forum verteilt.

Herr Paulus schlug vor, am Landwehrkanal ein Pilotprojekt für innovative Verkehrskonzepte zu starten, beispielsweise um Alternativen zu teuren Abgasfiltern zu erproben. Die Abgas-Filter-Technik sei nach seiner Einschätzung zu teuer und nicht zukunftsfähig. Er führte zudem an, dass beispielsweise in den Schleusen gesundheitsgefährdende Zustände herrschen würden und forderte deren Überprüfung sowie eine Befragung der politisch Verantwortlichen, wie damit umzugehen wäre. Ein Ziel müsse sein, den Landwehrkanal als Naherholungsbereich für alle nutzbar zu machen bzw. zu erhalten.

Herr Paulus äußerte seinen Änderungswunsch zum Protokoll der 1. Sitzung des AK's: dort sei das Wort „Wassertaxi“ durch das Wort „Solarwassertaxi“ zu ersetzen. Dies sei im Übrigen als Anregung zu verstehen - das Solarwassertaxi arbeite mit der Leistung eines

Föhns.

Frau Voskamp erwiderte, die Änderung im Protokoll würde noch erfolgen und erinnerte daran, die Arbeit des AK vorzustellen. Sie schlug vor, politische Fragen und Fachfragen zu trennen.

Teilnehmer/innen des AK erläuterten, dass im AK schwerpunktmäßig ein Austausch über den Begriff der Nachhaltigkeit von Schifffahrt und Wirtschaft in Bezug auf eine künftige Sanierung des Kanals stattgefunden habe.

Frau Voskamp stellte die Themen vor, die im AK nach Auffassung der Teilnehmer/innen zu bearbeiten seien und verwies auf das Protokoll.

Auch in diesem Arbeitskreis wurde Informationsbedarf zum Abwasser-Mischsystem angemeldet. Frau Voskamp verwies auf den im AK Naturhaushalt und Landschaftsbild geplanten Vortrag von Herrn Joswig zu diesem Thema.

Insgesamt bestand im AK Konsens darüber, dass der Landwehrkanal als Wasserstraße erhalten bleiben sollte. Einige Teilnehmer/innen sprachen sich indes für eine größere Vielfalt an Schiffsgrößen und Antriebsarten aus. Herr Scholz führte dazu aus, dass das WSA als Fachbehörde letztlich auch abhängig von der Politik sei, und grundsätzlich nicht bestimmte Fahrzeuge von der Nutzung einer Wasserstraße ausschließen könne. Mit der Widmung als Wasserstraße müsse man alle geltenden Vorschriften entsprechende Wasserfahrzeuge zulassen.

Frau Voskamp fasste zusammen, dass das WSA lediglich auf der Umsetzungsebene agiere und - wie im AK auch ausgeführt worden sei - dass die Schifffahrt in Bezug auf die Umweltzone dem Straßenverkehr hinterher hänge. Es sei aber auch betont worden, dass an einer Angleichung gearbeitet werde. Herr Kessen ergänzte, dass Herr Scholz mit seinen Ausführungen lediglich die Unmöglichkeit gewisser Schritte von Seiten des WSA angemerkt habe.

Frau Fortwengel regte an, das Angebot von Prof. Heimann, ein Gutachten zur Folgenabschätzung verschiedener Verkehrsmodelle zu erstellen, noch einmal zu erörtern. Herr Lücking griff diese Idee auf und erläuterte, dass der BUND sich bereits lange Zeit mit dieser Thematik beschäftige. Er bot an, in einem der nächsten Termine darüber informieren zu können.

6.4 AK Umgang mit kurzfristigen Maßnahmen

Herr Leder, Frau Kleimeier und Frau Bugner präsentierten die Ergebnisse des Arbeitskreises, der am 14. Februar 2008 zum zweiten Mal getagt hatte. Die Einzelheiten sind dem Protokoll des AK zu entnehmen.

Der AK habe bezüglich des Umgangs mit den gesicherten Bäumen eine Beschlussvorlage für das Forum erarbeitet. Diese wurde vorgestellt und von den Forumsmitgliedern diskutiert.

Erneut wurde die Gutachterfrage behandelt: Im Forum wurde von Herrn Scharz zunächst das im AK entstandene Missverständnis ausgeräumt, dass Herr Prof. Weihs nicht gutachterlich arbeiten würde. Die sei sehr wohl der Fall.

Er ergänzte, dass ein Gutachten im Rahmen einer Vorstudie lediglich nicht unentgeltlich zu bekommen sei.

Herr Lingenauber erklärte, die geplanten Sicherungsmaßnahmen auf den 370 m Länge

stellten eine genehmigungsbedürftige Maßnahme des WSA dar. Das Landesdenkmalamt sei durch die zu erwartenden erheblichen Auswirkungen der Maßnahmen auf das Landschaftsbild in diesem Fall Genehmigungsbehörde. Zu der Bewertung würden Planungsunterlagen benötigt.

Frau Kayser ergänzte, dass beispielsweise das Herausragen der temporären Spundwände 2m über der Wasserlinie eine solche zu bewertende gestalterische Wirkung ausüben würde. Frau Kleimeier verwies auf die Versicherung von Herrn Hildebrandt, dass sich die Spundwände ab ca. 50cm vor dem Bauwerk befinden würden und betonte die Wichtigkeit, die Bäume zu sichern und die Betonklötze zu entfernen, ohne die Bäume zu beschädigen. Das sei das, was alle wollten. Dafür bräuchte man eine Baumfachfirma und müsse die Spundwände gegebenenfalls teilen. Das WSA sei hier der Gesamtkoordinator und müsse von einem Gutachter überwacht werden. Dies seien die Ergebnisse der Arbeit des AK, und sie lägen nun hier als Beschlussvorlage vor. Mehrere Teilnehmer/innen baten das Denkmalamt, die vorgeschlagene Beschlussvorlage mit zu tragen.

Herr Scholz vertrat hingegen die Auffassung, dass das Sanierungsvorhaben insgesamt genehmigungsfrei sei und dass vom Land Berlin zum gegebenen Zeitpunkt ein zwischen den einzubeziehenden Behörden abgestimmtes Papier vorgelegt würde. Herr Lingenauber sei eingeladen, die Interessen des Denkmalschutzes hier im Mediationsverfahren einzubringen. Herr Ginsberg merkte an, dass in den Arbeitskreisen alle relevanten Akteure dabei sein sollten, da es frustrierend sei, wenn die Ergebnisse immer wieder im Forum grundsätzlich in Frage gestellt würden. Er bat insbesondere den Denkmalschutz um seine Teilnahme im AK Kurzfristige Maßnahmen.

Herr Scharz erneuerte seine Auffassung, dass die Begutachtung der Hohlräume der entscheidende Punkt sei. Ein Zertifizierungssystem zur Prüfung von Messverfahren, wie es das WSA behaupte zu benötigen, existiere seiner Ansicht nach gar nicht. Prof. Weihs könne sehr wohl Gutachten verfassen, nur sei er laut WSA nicht zertifiziert.

Herr Kessen wies darauf hin, dass diese Thematik eher die Prüfung der Hohlräume berühre und nicht Teil der Beschlussvorlage sei.

Herr Scharz wandte ein, dass es ihm darum ginge, zu prüfen, ob die durchgeführten Sicherungsmaßnahmen in dieser Form überhaupt notwendig seien.

Herr Scholz wies in diesem Zusammenhang auf die vom WSA zu beteiligten Fachbehörden hin wie der Bundesanstalt für Wasserbau, die die einzusetzenden Verfahren empfehlen würden. Hinsichtlich der Genehmigungspflicht der Maßnahmen bemerkte er, dass es sich um temporäre Maßnahmen handeln würde, bei welchen sich der Denkmalschutz einbringen könne, aber nicht alleinige Genehmigungsbehörde sei.

Herr Lingenauber betonte noch einmal, dass seine Behörde die vollständigen Unterlagen inklusive Schnittzeichnungen benötigen würde. Er unterbreitete den Vorschlag, sich zusammenzusetzen und alle genehmigungsrelevanten Details, inklusive der Notwendigkeit der Maßnahmen, gemeinsam zu besprechen.

Herr Scholz versicherte, dass er dem Denkmalschutz alle Unterlagen zu Verfügung stellen würde, sobald etwas Konkretes im Forum abgestimmt sei.

Frau Kayser schlug vor, Abschnitte in der Sanierung des Landwehrkanals vorzuziehen, um ein Anschauungsobjekt und eine Vergleichsgrundlage zu erhalten. Als mögliches Beispiel schlug sie den Bereich an der Corneliusbrücke vor.

Frau Voskamp verwies auf den AK Sanierung, in dem dies zu besprechen wäre.

Herr Ginsberg fasste noch einmal den Unmut über die Sicherungsmaßnahmen an den Bäumen zusammen und forderte eine Überprüfung jedes einzelnen Standortes auf die Notwendigkeit dieser Maßnahmen hin.

Frau Enwaldt schlug vor, man solle die Spundwände doch bereits jetzt bestellen und die Zeit bis zu ihrer Lieferung nutzen, um die gesicherten Bäume nochmals zu prüfen.

Herr Kessen erinnerte daran, dass der AK eine Beschlussvorlage in das Forum eingebracht habe und machte deutlich, dass derzeit zwei Themen zugleich diskutiert würden. Herr Kessen verlas daraufhin nochmals die Beschlussvorlage und fragte, ob diese vom Forum getragen würde, oder ob es dazu noch Diskussionsbedarf gebe.

Die Vertreter/innen der BI und der Anwohner betonten die Notwendigkeit eines zusätzlichen Gutachters, der die auszuführenden Arbeiten dergestalt überwachen sollte, dass kein Schaden an den Bäumen während der Einsetzung der Spundwände entstehen würde.

Herr Scholz stimmte der Vorlage grundsätzlich zu, merkte aber an, dass in einem solchen Verfahren der Einsatz von zwei Gutachtern sehr ungewöhnlich wäre. Er regte daher an, den Einsatz als „Pilotprojekt“ zu bezeichnen, damit das Projekt auch haushaltsrechtlich abgesichert sei.

Frau Kayser sah noch Klärungsbedarf bei der Frage, ob die temporären Maßnahmen überhaupt notwendig seien. Sie kritisierte, dass man von temporären Maßnahmen spreche und nicht nach einer endgültigen Lösung suche.

Frau Enwaldt stellte in diesem Zusammenhang klar, dass im AK Einstimmigkeit über die Notwendigkeit der Sanierungsmaßnahmen und den Einsatz von Spundwänden herrschte. Es ginge vielmehr darum, dass keine Schnittmaßnahmen an den Bäumen durchgeführt und die Betonklötze entfernt würden. Darauf habe sich der AK geeinigt und diese Ergebnisse fänden sich in der Beschlussvorlage wieder.

Frau Fortwengel ergänzte, die Spundwände schützten die gesamte Böschung, und sollten demnach auch im Interesse des Denkmalschutzes sein.

Herr Hildebrandt stellte fest, er sehe fast eine Einigkeit im Forum und ergänzte, die Beschlussvorlage habe mit den erforderlichen Verwaltungsabläufen nichts zu tun und greife in diese auch nicht ein. Ein Vorteil der Spundwände seien ihre vielseitigen Verwendungsmöglichkeiten bei zahlreichen Sanierungsvarianten.

Herr Lingenauber meinte dazu, er halte das Einbringen von Spundwänden mit 2 m Überstand über der Wasserlinie nicht für zwingend notwendig. Der Denkmalschutz könne der Beschlussvorlage deshalb in der jetzigen Form nicht zustimmen. Als Alternative unterstützte er den Vorschlag von Frau Kayser, ein Pilotprojekt mit einer endgültigen Lösung an einer unstrittigen Stelle wie der Corneliusbrücke durchzuführen und in diesem Zuge Möglichkeiten einer Unterwasserstabilisierung zu prüfen.

Herr Kessen betonte, mit der Beschlussfassung solle der Denkprozess nicht beendet werden, sie sei vielmehr ein wichtiger Zwischenschritt, ohne den das WSA keine Spundwände bestellen würde, da sich das WSA verpflichtet hätte, solche Entscheidungen von dem Votum des Mediationsforums abhängig zu machen.

Herr Appel und Frau Enwaldt schlugen vor, parallel zur Bestellung der Spundwände an jedem Standort eine Einzelfall- und Gefahrenprüfung durchzuführen.

Herr Hiller konnte die Bedenken des Denkmalschutzes nicht teilen und plädierte an deren Vertreter/in, der Beschlussvorlage zuzustimmen, da die Spundwände sowieso notwendig seien, und mit der Beschlussvorlage eine gewisse Planungssicherheit erreicht werden würde.

Frau Fortwengel fügte an, dass als Alternativmethode zum Spundwandeinbau nur die als unsicher angesehene Verpressung von Beton in den Untergrund bestünde.

Frau Kayser erklärte, dass es für den Denkmalschutz wichtig sei, dass bis zum Oktober noch nach weiteren Möglichkeiten gesucht würde und die angedachte temporäre Maßnahme auch hinsichtlich ihrer Notwendigkeit, Dauer und Stadtbildverträglichkeit untersucht werden müsse.

BI und Anwohner betonten nochmals, wie wichtig ihnen eine Sondierung der Hohlräume sei.

Herr Scholz unterbreitete dem Forum das Angebot, eine solche Sondierung als Pilotprojekt in die Beschlussvorlage aufzunehmen und bei der Bundesanstalt für Wasserbau nachzufragen, warum das Verfahren des Herrn Prof. Weihs nicht geeignet sei. Des weiteren sagte er zu, die Spundwände zu bestellen, da nicht benötigte auch anderweitig eingesetzt werden könnten.

Herr Schael bemerkte, der Landwehrkanal provoziere eigentlich, innovative, neue Wege zu gehen; das fehle ihm in der bisher geführten Diskussion ein wenig. Auch Herr Schael bekräftigte, dass eine Teilnahme der relevanten Akteure an den AK-Sitzungen wünschenswert sei, um nicht immer wieder alles im Forum aufrollen zu müssen.

Herr Hildebrandt erklärte sich bereit, der Beschlussfassung mit den entsprechenden Änderungen / Ergänzungen zuzustimmen. Einzelheiten blieben dem anstehenden Verwaltungsverfahren vorbehalten.

Frau Kayser und Herr Lingenauber formulierten folgenden Satz zur Aufnahme in die Beschlussfassung:

„Die temporäre Maßnahme der bauwerkserhaltenden Einbringung von Spundwänden wird auf ihre Notwendigkeit, ihre Dauer und ihre Stadtbildverträglichkeit hin überprüft. Alternativen, u.a. auch die denkmalgerechte Sanierung eines Abschnitts als Pilotprojekt, sollen vorab untersucht werden.“

Herr Hildebrandt stellte klar, dass er den zweiten Satz des Denkmalschutzes als Arbeitsauftrag für das gesamte Forum und den AK Sanierung verstünde, der bis Oktober zu erledigen sei. Das Forum stimmte dem zu.

Herr Scharz richtete die Frage in die Runde, ob es nicht möglich sei, die Höhe der Spundwände über der Wasserlinie zu begrenzen und fragte, welche Höhe überhaupt notwendig sei für die Hinterfüllung.

Herr Scholz antwortete, dass 2m Überstand aus Gründen der Stabilität nötig seien um ein notwendiges Gegengewicht zu erzeugen. Die 2m seien aus Sicherheitsgründen notwendig und ergäben sich aus Gleitkreis und Auflast.

Aus Sicht von Herrn Hiller werde der Überstand aus rein optischen Gründen kritisiert und er fragte nach gesetzlichen Grundlagen oder Richtlinien des Denkmalschutzes. Herr Lingenauber erklärte, solche Richtlinien gebe es nicht, es ginge aber genau um die Prüfung der Auswirkungen verschiedener Sanierungsverfahren. Entscheidend seien Substanz, Erscheinungsbild und Dauer. Er erkundigte sich, ob ein Verpressverfahren ebenfalls den Einsatz von Spundwänden nötig machen würde.

Daraufhin erläuterte Herr Hildebrandt dass das von Herrn Lingenauber angesprochene Injektionsverfahren die Wurzeln der Bäume schädigen würde, da sich der Beton den Weg des geringsten Widerstands suchen würde.

Herr Scharz schlug die Aufnahme des Satzes: „Geophysikalische Untersuchungsmethoden zur Hohlraum- und Wurzelsondierung sind im Rahmen eines Pilotprojektes in den zu sichernden Uferabschnitten zu erproben. Die generierten Messergebnisse sind als Grundlage einer erneuten Risikobewertung für die betroffenen Uferabschnitte durch das

WSA heranzuziehen.“

Herr Scholz ergänzte die Formulierung: „Aufgrund der Einmaligkeit und Bedeutung der Maßnahmen wird ausnahmsweise ein Gutachter zur Überwachung der Baumarbeiten beauftragt“.

Mit diesen Ergänzungen wurde folgende Beschlussfassung einvernehmlich verabschiedet:

Beschluss: Umgang mit den gesicherten Bäumen

1. Die Variante des Spundwandeinbaus kommt zur Sicherung der Bäume zum Einsatz. Die Spundwände werden ggf. gestückelt, um überhängende Äste nicht zu gefährden - sofern es nicht ausreicht, diese zurück zu binden.
2. Zur Vorbereitung der Maßnahmen:
Begehung vor Ort der vom Spundwandeinbau betroffenen Stellen in den Bezirken zur Festlegung von notwendigen Baumbindungen / Spundwandstückelungen
Teilnehmer/innen: alle, mindestens jedoch WSA, Bezirksämter, BI und ggf. Herr Wahl von der Bundesanstalt für Gewässerkunde.
3. Beauftragung Baumpflege- und Baufirma:
Beauftragt wird vom WSA nicht nur eine Baufirma für den Einbau der Spundwände, sondern insbesondere auch eine fachkundige Baumpflegefirma zum Schutz der betroffenen Bäume.
4. Durchführung der Maßnahmen:
Das WSA beauftragt eine externe baumgutachterliche Bauüberwachung. Die BI schlägt drei Gutachter ihres Vertrauens vor. Die erforderlichen Auftragsgespräche werden vom WSA geführt.
Aufgrund der Einmaligkeit und Bedeutung der Maßnahmen wird ausnahmsweise ein Gutachten zur Überwachung der Baumarbeiten beauftragt.
5. Die temporäre Maßnahme der bauwerkserhaltenden Einbringung von Spundwänden wird auf ihre Notwendigkeit, ihre Dauer und ihre Stadtbildverträglichkeit hin überprüft. Alternativen, u.a. auch die denkmalgerechte Sanierung eines Abschnitts als Pilotprojekt, sollen vorab untersucht werden.
6. Geophysikalische Untersuchungsmethoden zur Hohlraum- und Wurzelsondierung sind im Rahmen eines Pilotprojektes in den zu sichernden Uferabschnitten zu erproben. Die generierten Messergebnisse sind als Grundlage einer erneuten Risikobewertung für die betroffenen Uferabschnitte durch das WSA heranzuziehen.

Herr Kessen versprach, die vollständige Schriftform der Beschlussfassung zeitnah an die Teilnehmer/innen des Forums zu verschicken.

**7. Beitrag WSA Berlin / Herr Scholz:
Kompetenzen und Zuständigkeiten am Landwehrkanal**

Der Vortrag von Herrn Scholz wurde aus Zeitgründen verschoben.

8. Verschiedenes

Herr Lingenauber kritisierte, dass die Forumssitzungen zu lang seien und seine Konzentration leiden würde. Er schlug vor, die Forumssitzungen analog zu den Sitzungen der Arbeitskreise auf 16.00-20.00 Uhr zu beschränken.

Die Mediatoren kündigten an, die Teilnehmer/innen über die nächsten Sitzungstermine per Email zu informieren.

Die Sitzung endete um 22.30 Uhr.

Die Mediatoren bedankten sich bei den Teilnehmer/innen für Ihr Kommen und die engagiert geführte Diskussion. Sie kündigten die nächste Forumssitzung für den 10. März 2008 an und wünschten allen einen guten Heimweg.